

Bildungspolitik | 04.12.2025 | Nr. 336/25

Martin Balasus: Schulstreik gegen Wehrpflicht ist ein Irrwitz!

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher Martin Balasus kritisiert protestierende Schülerinnen und Schüler sowie deren Unterstützer deutlich.

Als „sowohl inhaltlich wie formal irrwitzig“ bezeichnet der CDU-Landtagsabgeordnete und bildungspolitische Sprecher im schleswig-holsteinischen Landtag, Martin Balasus, geplante Proteste der Initiative „Schulstreik gegen Wehrpflicht“. Als Anlass nehmen die Protestanten die Debatte um das Wehrdienstgesetz.

Martin Balasus: „Die Organisatoren und ihre Unterstützer nähern sich der Sache maximal unterkomplex. Die Wehrpflicht im eigentlichen Sinne steht derzeit gar nicht zur Debatte. Es geht um eine verpflichtende Musterung aller jungen Männer und die Beantwortung eines Fragebogens, in dem die Bereitschaft für einen Dienst in der Bundeswehr abgefragt wird. Das sind dringend notwendige Maßnahmen im Interesse der jungen Generation, die die Resilienz unserer Gesellschaft erhöhen werden.“

In der Sache selbst wirft er der Initiative und den Unterstützern Gratismut und Naivität vor. „Auch diese Personen nehmen die Dienste der Bundeswehr in Anspruch, die Deutschland und seine freiheitlich-demokratische Grundordnung nach außen schützt und damit die Grundlage schafft, dass in unserem Land überhaupt frei demonstriert werden kann. Und wenn es nun darum geht, in härter werdenden Zeiten zusammenzuhalten und zur Bundeswehr zu stehen, fallen Institutionen wie die GEW, die Linkspartei, das BSW und irgendwelche obskuren Initiativen unseren Streitkräften in den Rücken. Das ist verantwortungslos.“

Statt auf Putins Zersetzung hereinzufallen und sich als fünfte Kolonne Moskaus missbrauchen zu lassen, ist nach Auffassung von Martin Balasus ein anderes Mindset in der Gesellschaft vonnöten. „Die Träume vom ewigen Weltfrieden müssten angesichts des Ukraine-Krieges und der Gräuel der russischen Soldateska so langsam auch beim letzten gutwilligen Putin-Versteher geplatzt sein“, so Martin Balasus, „und weil die Welt eben leider nicht so friedlich ist, wie wir sie uns wünschen, brauchen wir einen Wandel des Bewusstseins: Wir müssen uns wieder mehr wehren wollen! Viele europäische Nachbarn wie Polen, Schweden oder Finnland sind da schon ein ganzes Stück weiter.“

Martin Balasus: „Und wenn denn schon gegen das Militär demonstriert wird, dann hat das außerhalb der Schulzeiten zu geschehen. Wir haben schließlich immer noch eine

Schulpflicht, die nicht nach dem jeweiligen politischen Gusto gebrochen werden darf. Statt also die Schule zu schwänzen, wäre es mit Sicherheit angebrachter, in der Schule zu diskutieren, welche Folgen drohen, falls Putin in der Ukraine gewinnt. Mit Streiks und Demos dürfte es dann jedenfalls dort ein Ende haben.“